

A n t r a g

**der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und FREIE WÄHLER**

Entschließung

Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen – Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung Deutschlands im Unterricht thematisieren

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Seit rund 1 700 Jahren prägen Menschen jüdischen Glaubens unsere Geschichte und Kultur entscheidend mit. Jüdisches Leben und jüdische Kultur gehören untrennbar zu Deutschland.

Im Bewusstsein der Shoa und des Völkermords an rund sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus verurteilen wir jede Form von Antisemitismus. Das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israels ist eine daraus resultierende historische Verantwortung Deutschlands und Teil der Staatsräson. Der menschenverachtende Überfall der islamistischen Terror-Organisation Hamas auf Israel am 7. Oktober hat auch in Deutschland Gräben und existierenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft sichtbar werden lassen.

Jede Form von Angriffen auf Jüdinnen und Juden in Deutschland, seien diese verbaler, physischer oder sonstiger Natur, sind in keiner Weise zu akzeptieren oder zu rechtfertigen. Antisemitismus und Israelhass dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Umso wichtiger ist es, auch weiterhin die Erinnerung an die Shoa und die weiteren Gräueltaten des NS-Regimes in Deutschland aufrechtzuerhalten und auch jüngeren Generationen zu vermitteln. Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedrohen das Leben und die Freiheit rheinland-pfälzischer Bürgerinnen und Bürger und sind damit zugleich ein Angriff auf unsere freiheitliche Demokratie.

Der brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel und der daraus resultierende Krieg ist längst Thema in den Klassenzimmern, Schulhöfen sowie im digitalen Raum, besonders auf den Social-Media-Kanälen der Schülerinnen und Schüler. Gesamtgesellschaftliche Konfliktlinien zeigen sich in unseren Schulen wie durch ein Brennglas: Auch hier werden in Teilen antisemitische Ressentiments geschürt, der schreckliche Angriff der Hamas auf Israel relativiert, das Verteidigungsrechts Israels infrage gestellt sowie das Existenzrecht Israels angezweifelt.

Es ist daher von großer Bedeutung insbesondere Kinder und Jugendliche altersgerecht über die Geschichte sowie sicherheitspolitische Lage Israels und des Nahen Ostens aufzuklären, um auch auf diese Weise Antisemitismus an Schulen weiterhin konsequent und präventiv entgegenzutreten zu können.

Vor diesem Hintergrund müssen insbesondere rheinland-pfälzische Lehrkräfte, an Schulen Beschäftigte sowie Haupt- und Ehrenamtliche der Jugendarbeit sprechfähig sein und stetig in Form von Materialien für den Unterricht, Informationen, Handlungsempfehlungen sowie Weiterbildungsangeboten bezogen auf den Nahostkonflikt und den Kampf gegen Antisemitismus unterstützt werden.

Zudem gilt es, ein Netzwerk von Ansprechpersonen für antisemitische Vorfälle für pädagogisches Personal aufzubauen. Hierfür kann an Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträger angeknüpft werden.

Auch über den Schulkontext hinaus muss das Wissen über unsere freiheitliche demokratische Grundordnung immer wieder und auf allen Ebenen gefördert und gefestigt werden, damit ein friedliches Zusammenleben ohne Angst, egal welchen Glaubens oder Herkunft, möglich ist. Unser Ziel ist es, alle Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Gedenkarbeit und Erinnerungskultur in Rheinland-Pfalz zu erreichen. Für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen die verschiedensten Akteure zusammenarbeiten, wie Gedenkstätten, Verbände, Kirchen, Vereine, Gewerkschaften, Schulen und weitere Bildungsträger. Eine besondere Aufgabe kommt zudem Parteien zu: Auch sie müssen vorleben, dass für antisemitische Ansichten in ihren Reihen kein Platz ist.

Unser Ziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Alter, Religionszugehörigkeit, sozialen oder kulturellen Herkunft sich für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und infolgedessen gegen jede Form des Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen.

II. Der Landtag begrüßt,

- die unmissverständliche Positionierung der Landesregierung zum Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und zum Recht Israels auf Selbstverteidigung und zum Existenzrecht Israels;
- das klare Eintreten der Landesregierung gegen jeglichen Antisemitismus;
- die öffentlichkeitswirksame Thematisierung der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager durch die Alliierten im Rahmen der jährlich stattfindenden Gedenksitzung des Plenums, um sicherzustellen, dass die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten und das Gedenken an die Opfer niemals verblassen; der Landtag sollte daher besonders im Jahr 2025 umfangreiche Maßnahmen ergreifen und verstetigen, um die Thematisierung der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager in der breiten Öffentlichkeit zu erwirken;
- die bundesweit erste Einrichtung einer/eines Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen sowie deren wertvolle Arbeit zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus;
- die enge Verzahnung der Gedenk- und Erinnerungsarbeit des Landes und des Landtags mit der Gedenkstätte Yad Vashem;
- dass das Land die Arbeit von Givat Haviva finanziell und ideell seit 30 Jahren unterstützt und damit u. a. interkulturelle Begegnungen und den pädagogischen Austausch zwischen Lehrkräften sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit ermöglicht;
- den interreligiösen Dialog der jüdischen, christlichen und muslimischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus sowie den Einsatz für eine liberale, weltoffene, gleichberechtigt demokratische Gesellschaft;
- den im Jahr 2020 in Kraft getretenen Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Ministeriums für Frauen, Familie, Kultur und Integration, der sich auch mit Antisemitismus beschäftigt und zahlreiche Maßnahmen vorsieht, darunter u. a. das Förderprogramm „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“ sowie die Kampagne „Scroll nicht weg“ für digitale Zivilcourage und gegen Hatespeech, und die Melde- und Dokumentationsstelle m*power um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und auch explizit Antisemitismus entgegenzutreten;
- die Aktivitäten des Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz zum Thema Antisemitismus;
- das insbesondere für den Schul- und Jugendbereich aufgestellte Informations-, Beratungs- und Fortbildungsangebot der Fachstelle für religiös begründete Ra-

dikalisation im Demokratiezentrum mit Unterstützung der Beratungsstelle Salam;

- die Stärkung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz, die Gruppen, Individuen und Behörden unterstützt, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind;
- dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer sich in zahllosen Projekten gegen Antisemitismus engagieren, zu Gedenkstätten und Erinnerungsorten fahren und sich weit über den Unterricht dafür einsetzen, über jüdisches Leben zu lernen sowie jüdische Menschen, deren Glauben und Kultur kennenzulernen;
- die Neufassung der Lehrpläne für die Sekundarstufe I, wonach sich auch mit Zuwanderung und Integration im Kontext aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und den Ursachen von Polarisierung auseinanderzusetzen und sicherzustellen ist, dass Vorurteile und bestehende Ängste thematisiert werden;
- dass im Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer ab Klassenstufe 9 in jedem Schuljahr verpflichtend ein Unterrichtstag als Demokratietag vorgesehen ist, der explizit auch Gedenktag sein kann;
- dass das Pädagogische Landesinstitut (PL) nach den Ereignissen des 7. Oktobers den Schulen vielfältiges Informationsmaterial zum Umgang mit dem Nahostkonflikt, zu Israel und Antisemitismus bereitgestellt, sowie themenbezogene Online-Veranstaltungen durchgeführt hat;
- die Festlegung des Ministeriums für Bildung, dass alle Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz im Laufe ihrer Schulzeit mindestens einmal ins Gespräch mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen kommen, einen Gedenkort, etwa ein ehemaliges Konzentrations- oder Vernichtungslager, besuchen oder sich in vergleichbarer Weise mit dem Erinnern an den Holocaust auseinandergesetzt haben müssen;
- die Durchführung sozialer und politischer Bildungsarbeit im Rahmen der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern demokratische Prozesse für junge Menschen erfahrbar macht und sie in ihrer Zivilcourage stärkt;
- die Gründung von „Hinenu Jüdischer Studierendenverband Rheinland-Pfalz/Saarland“ zur Förderung der jüdischen Identität an unseren Hochschulen, der besseren Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz sowie zur Völkerverständigung;
- dass sich die Hochschulen des Landes für Toleranz, Vielfalt, Gewaltfreiheit und einen friedlichen Dialog einsetzen und alles getan wird, damit sie sichere Orte für Beschäftigte, Lehrende und Studierende bleiben.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Rahmenlehrpläne fächerübergreifend dahingehend zu überprüfen, inwieweit Antisemitismus und jüdisches Leben vor dem Jahr 1933 und nach dem Jahr 1945 sowie die Geschichte des Staates Israel auch unabhängig vom Nahost-Konflikt Gegenstand des Unterrichts ist und diese ggf. zu ergänzen;
- dafür Sorge zu tragen, dass in allen rheinland-pfälzischen Schulen altersgerecht die Historie und Wirkungszusammenhänge des Nahost-Konflikts, der Hamas-Terror sowie die historische Verantwortung Deutschlands thematisiert werden;
- sicherzustellen, dass die Lehren aus der Ära des Nationalsozialismus für uns stets eine anhaltende Mahnung und Verpflichtung darstellen. Diese Verantwortung erstreckt sich nicht ausschließlich über ein bestimmtes Unterrichtsfach, sondern sollte über die sozialwissenschaftlichen Disziplinen wie Geschichte, Soziologie und Erdkunde bzw. Gesellschaftslehre hinaus fest in der Schule verankert sein;
- darauf hinzuwirken, dass alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland min-

- destens einmal im Laufe ihrer Schulzeit ein ehemaliges Konzentrations- bzw. Vernichtungslager der NS-Diktatur besuchen;
- mit Schulleitungen und Schulaufsicht zu erörtern, inwieweit nach den jüngsten Entwicklungen in Israel und den palästinensischen Gebieten Antisemitismus in seinen verschiedenen Facetten sowie die historische Verantwortung Deutschlands ausreichend in Schulen thematisiert wird;
 - bei der Entwicklung von Präventions-, Interventions- und Ordnungsmaßnahmen in Schulen die Erfahrungen von Jüdinnen und Juden konsequent einfließen zu lassen;
 - in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen Ansprechpersonen für antisemitische Vorfälle und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Schulen schrittweise zu etablieren und damit Handlungssicherheit im Umgang mit Antisemitismus an Schulen sicherzustellen;
 - das Curriculum des Lehramtsstudiums aller Lehrämter an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und verpflichtende Module mit Inhalten zu Werte-, Medien- und Demokratiebildung, Antisemitismus, Rassismus, Hass und Hetze sowie Normen- und Kulturkonflikten festzulegen;
 - weiterhin einen Schwerpunkt auf die Fort- und Weiterbildungsangebote der pädagogischen Institutionen, insbesondere des Pädagogischen Landesinstituts, zu legen, um Lehrkräfte zur Prävention und zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen und anderen vorurteilsbegründeten Konflikten zu befähigen;
 - in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Pädagogischen Landesinstitut weitere (Online-)Fortbildungsformate für Lehrkräfte im Bereich der Demokratieerziehung sowie der Grundwerte unserer Verfassung zu entwickeln und mit Blick auf ihre Erfolge zu evaluieren sowie zu prüfen, inwieweit hier eine Teilnahmeverpflichtung eingeführt werden kann;
 - weitere Informationen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die insbesondere die Behandlung von Antisemitismus im digitalen Raum erfassen;
 - Maßnahmen zu entwickeln, die Familien von Kindern und Jugendlichen bei der Prävention von Antisemitismus einbeziehen;
 - sich dafür einzusetzen, dass der Austausch zwischen deutschen und sowohl jüdisch-israelischen wie arabisch-israelischen Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden und Studierenden intensiviert wird;
 - das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Antisemitismus weiterhin umfassend zu fördern. Die Antisemitismusprävention ist in der politischen Bildungsarbeit und in der Durchführung von Präventionsprogrammen als stetige Aufgabe umzusetzen. Verlässlichkeit und Planungssicherheit für zivilgesellschaftliche Akteure sind weiter zu gewährleisten und, wo möglich, zu verbessern;
 - weiterhin den interreligiösen Dialog von jüdischen, muslimischen und christlichen Gemeinden zu unterstützen und sich so weiterhin gemeinsam gegen jede Form der Diskriminierung, Gewalt, Hass und Hetze zu stellen sowie für eine liberale, weltoffene, gleichberechtigt demokratische Gesellschaft einzutreten;
 - die Gedenkarbeit und das Veranstaltungsangebot zu jüdischem Leben und jüdischer Kultur der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz zu stärken und in regelmäßigen Abständen auf ihre Wirkungen zu überprüfen;
 - die sozialen und politischen Bildungsmaßnahmen der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit weiter zu fördern, denn sie tragen entscheidend zu Demokratieerfahrung und politischer Bildung bei und sind essenziell für das demokratische Miteinander;
 - den bestehenden Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene

Menschenfeindlichkeit weiter konsequent umzusetzen, ihn regelmäßig auf seine Wirkung zu evaluieren und fortzuschreiben, um insbesondere Schulen, Religionsgemeinschaften, Vereinen, Verbänden und Politik Strategien und weitere Angebote für Maßnahmen gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an die Hand zu geben;

- auch in den Integrationskursen unserem Werte- und Demokratieverständnis weiterhin einen hohen Stellenwert beizumessen und zu betonen;
- das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz weiter zu fördern, um das Netzwerk gegen Antisemitismus zu stärken und weitere geeignete Maßnahmen zu entwickeln;
- die Forschung im Bereich Antisemitismus zu stärken und insbesondere die Forschungsverbände im Bereich der Antisemitismusforschung mit dem Schwerpunkt „Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus“ langfristig zu unterstützen;
- die Landesförderung durch den Landtag und das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit für die „Initiative interdisziplinäre Antisemitismusforschung“ an der Universität Trier sicherzustellen;
- mit den zuständigen Stellen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in den Dialog über eine Arbeitsgemeinschaft Israel und Studienstelle Israel zu treten;
- zu prüfen, inwieweit die Vermittlung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch in der Erwachsenenbildung stärker berücksichtigt werden kann;
- gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung, den Volkshochschulen und den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen das bestehende Engagement zu verstärken und die Breite der Bildungsangebote zum Thema Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit weiter auszubauen;
- gemeinsam mit dem Landtag und der Landtagsverwaltung zu erörtern, welche Anpassungen an den jährlich stattfindenden Schulbesuchstag nötig und möglich sind, um dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten;
- konsequent gegen Antisemitismus und Hass gegenüber Israel im Internet vorzugehen und sicherzustellen, dass Betreiber digitaler Dienste schnell und proaktiv insbesondere auf antisemitische Gewalt, Hass und Hetze im Netz reagieren;
- die Arbeit von Gedenkstätten sowie das Gedenken an die Shoa nachdrücklich zu unterstützen;
- ein stärkeres Augenmerk auf die Bekämpfung des Antisemitismus in Rheinland-Pfalz zu richten und dieser den entsprechenden Stellenwert zumessen, dazu gehört die gesellschaftliche Wahrnehmung für Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Rolle der Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen zu stärken.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
FREIE WÄHLER:
Stephan Wefelscheid